

WIRTSCHAFTSHILFEN IN DER CORONAKRISE Welche Unterstützung der Staat bietet – und wo es noch Lücken gibt

Töpfe und Deckel

Ob „Dezemberhilfe“ oder „Soforthilfe II“: Bund und Länder bieten diverse Hilfsprogramme. Nur bei der Auszahlung hapert es noch sehr

VON TANJA A. BUNTROCK UND KEVIN P. HOFFMANN

Als sich Bund und Länder Ende Oktober darauf verständigt haben, Teilen der Wirtschaft erneut den Geschäftsbetrieb zu verbieten, erkauften ihre Vertreter ein wenig Akzeptanz mit der Aussicht auf umfangreiche Entschädigungszahlungen für entgangene Umsätze. So ist das Wort „Novemberhilfen“ entstanden – und wurde später um „Dezemberhilfen“ ergänzt. Das Problem: Die Bearbeitung der Anträge und Auszahlung für diese Töpfe stockt, auch weil die Aktion bei der EU in Brüssel als illegale Beihilfe gewertet werden könnte. Also stellt der Bund bei diesem Programm bis auf weiteres nur „Abschlagszahlungen“ in Höhe von 10 000 Euro beziehungsweise 5000 für Soloselbstständige in Aussicht. Die FDP-Opposition im Bundestag fiel am Donnerstag mit der juristisch kühnen Forderung auf, der Bund solle seine Zahlungen um den Faktor 100 auf bis zu 500 000 Euro erhöhen. Doch es bleibt wohl dabei: Der Staat zahlt derzeit nur Abschlüsse aus, die allenfalls Einzelpersonen vor einem Gang zur Agentur für Arbeit bewahren können, aber kaum ganzen Firmen über den Jahreswechsel helfen. Gleichwohl haben Unternehmerinnen und Unternehmer weiter Zugang zu mehreren anderen Förder- und Hilfsprogrammen. Hier ein Überblick zur Lage der Hilfen von Bund und Land Berlin.

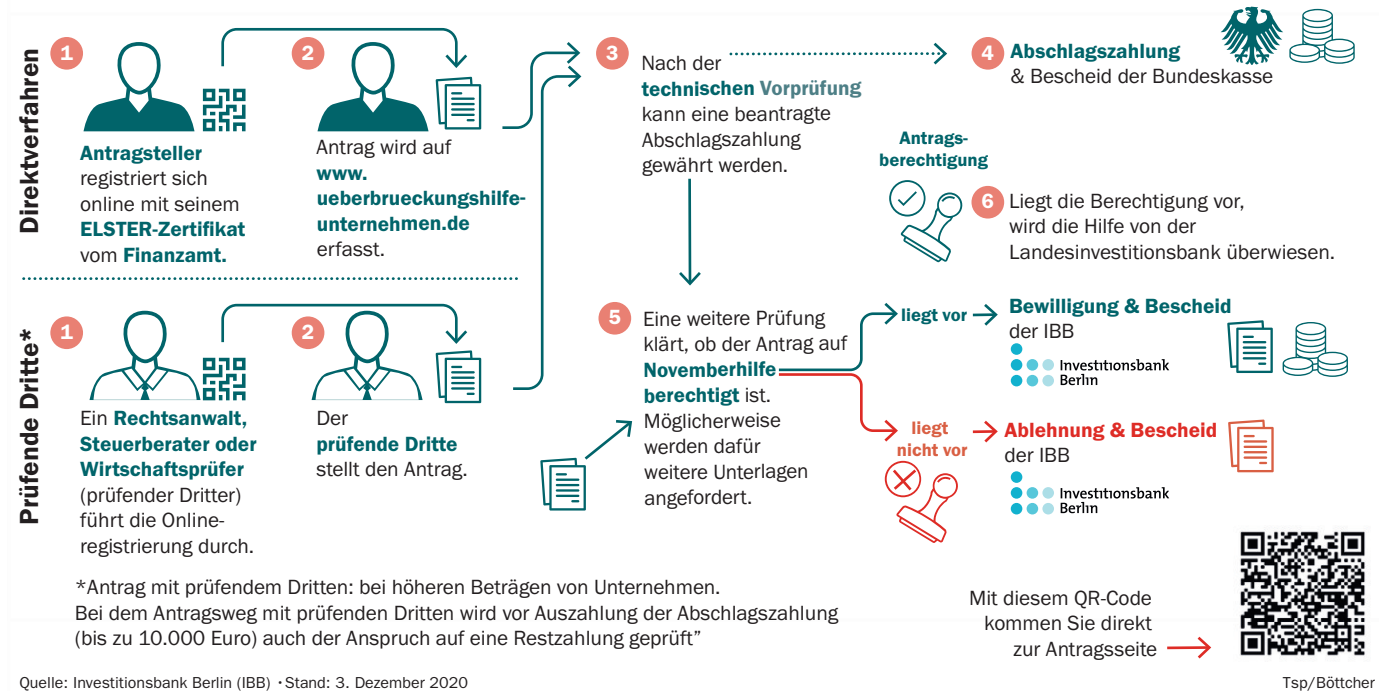
Wie ist der Stand bei Auszahlung der „Novemberhilfen“ in Berlin? Anspruchsberechtigt sind Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die Umsatzeinbußen wegen der jüngsten Schließungen verkraften müssen. Bis Donnerstag waren in Berlin 4620 Anträge im beschleunigten Verfahren bis maximal 5000 Euro eingegangen, teilte die lokal zuständige Investitionsbank Berlin (IBB) mit. Davon seien 86 Prozent ausgezahlt. Beim Verfahren über die Steuerberaterinnen und -berater, die für Firmen antragsberechtigt sind, seien knapp 3000 Anträge im beschleunigten Verfahren reingekommen, von denen 74 Prozent ausgezahlt wurden – mit Geld, das allein aus der Bundeskasse stammt.

Wann werden Hilfen komplett ausgezahlt? Auf Zahlungen in Höhe von bis zu 75 Prozent der Umsätze auf Basis der Umsätze aus dem November 2019, wie vom Bund in Aussicht gestellt, werden Unternehmen warten müssen – wenn sie überhaupt so kommen, wie versprochen. Man beginne mit der Bearbeitung der Anträge, sobald Bund und Länder sich über die Modalitäten des Programms einigten und die technischen Voraussetzungen auf der Plattform gegeben seien, sagte IBB-Sprecher Jens Holtkamp. Und er bestätigte: „Auszahlungen werden wir nach aktuellem Stand erst im Januar tätigen können. Daher sind die Abschlagszahlungen so wichtig für die Unternehmen.“

Wo gibt es andere Hilfen für Gastwirte? In Berlin gibt es unter anderem das Hilfsprogramm für die „Schankwirtschaft“, das nun bis zum 10. Januar verlängert wird. Der Senat bietet damit Zahlungen als Ausgleich für die Sperrung von Kneipen, Bars beziehungsweise reduzierte Öffnungszeiten für Spätverkaufsstellen. Die betroffenen Unternehmen erhalten einmalig bis zu 3000 Euro Gewerbesteuerzuschuss für den Monat Oktober. Für die weiteren Monate greift dann schon das Bundesprogramm. Bislang sind 600 Anträge bei der Förderbank IBB eingegangen. Ursprünglich war die Antragsstellung bei der Förderbank IBB nur bis 7. Dezember geplant, doch die Wirte und Kiosk-Besitzerinnen haben nun noch mindestens fünf Wochen Zeit, ihren Antrag auf Mietzuschuss zu stellen. Berechtig sind alle bei einem Berliner Finanzamt gemeldeten Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten mit dem Branchencode 56.3 „Ausschank von Getränken“ (WZ 2008) sowie Spätver-



Corona-Hilfen der Bundesregierung: Novemberhilfe und Neustarthilfe



Wege zum Hilfgeld. Diese schematische Darstellung zeigt, wie Soloselbstständige, kleine und mittelgroße Unternehmen, die von den aktuellen Zwangsschließungen betroffen sind, eine Teilerstattung für entgangene Umsätze beantragen können.

kaufstellen: Sie müssen plausibel machen, dass sie durch die Sperrstunde von 23 bis 6 Uhr Umsatzeinbußen im Oktober von mindestens 20 Prozent hatten.

Welche Hilfen gibt es für Firmen, die nicht direkt vom Lockdown betroffen sind? Der aktuell wichtigste Topf für alle Unternehmen heißt „Überbrückungshilfe II“. Hier können kleine und mittelständische Unternehmen, gemeinnützige Organisationen Gelder vom Bund beantragen, wenn sie einen Umsatzbruch von mindestens 50 Prozent in zwei zusammenhängenden Monaten im Zeitraum April bis August 2020 gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten nachweisen können. Oder einen Umsatzbruch von mindestens 30 Prozent im Durchschnitt in den Monaten April bis August 2020. Wichtig: Das Geld gibt es nur für betriebliche Fixkosten von September bis Dezember 2020. Also für Ladenmieten, Strom, Heizung zum Beispiel – nicht aber für Gehaltszahlungen. Anträge kann man bis Ende Januar stellen. Der Bund zahlt über die Förderbanken der Länder maximal 50 000 Euro aus. Und grundsätzlich gilt: Zahlung werden bei möglichen Anträgen auf „Novemberhilfen“ angerechnet, eine Doppelförderung soll es nicht geben.

Gibt es auch Geld für Firmen ohne größere Corona-Sorgen? Ja, es gibt auch Programme, die nur mittelbar mit der Pandemie zu tun haben, jetzt aber besonders wichtig sind: So läuft auch das Hilfsprogramm für Soloselbstständige und mittlere Unternehmen, um ihnen die digitale Transformation zu ermöglichen: Die Digitalprämie. Seit Anfang November können Firmen mit bis zu 249 Beschäftigten und Soloselbstständige Direktzuschüsse von bis zu 17 000 Euro für Software, Schulungen oder Beratungen beantragen. In dem Topf der Senatswirtschaftsverwaltung befinden sich insgesamt 80 Millionen Euro – für Berlin ist das ein größeres Förderprogramm. Außerdem rät die Senatsverwaltung für Wirtschaft allen Unternehmen – völlig unabhängig von Corona – Kontakt aufzu-

nehmen, wenn sie größere Investitionen planen. Hier kann das Land EU-Gelder („GRW-Mittel“) ausschütten. Und seit rund drei Monaten läuft zudem das Hilfsprogramm für Start-ups in Berlin. Bereits 18,8 Millionen Euro Finanzierungszusagen für 34 Start-ups gab es. Geplant ist, das Programm bis Juni 2021 zu verlängern.

IN EIGENER SACHE

Ulrich Nußbaum will bei diesem Thema lieber keine Presse

Gern hätte der Tagesspiegel an dieser Stelle auch berichtet, was einer der einflussreichsten Beamten für Fragen rund um Corona-Hilfen derzeit denkt und plant: Ulrich Nußbaum (63), ehemaliger Finanzsenator Berlins und heute beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, war am Donnerstagvormittag Gastgeber bei einer virtuellen Veranstaltung mit dem Titel „November- oder Dezemberhilfe? Was Unternehmer und Selbstständige jetzt zu den neuen Corona-Maßnahmen wissen müssen“. Gastgeber war der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI), der in der Regel gern Medienvertreter bei seinen öffentlichen Veranstaltungen begrüßt. In diesem Fall aber nicht, weil das Büro von Nußbaum keine Presse gewünscht habe, wie es hieß. Eine Antwort auf die Frage an das Ministerium, warum der Staatssekretär zahlenden Mitgliedern eines Clubs zum Thema Wirtschaftshilfen exklusive Auskünfte erteilt, aber Vertreter der allgemeinen Öffentlichkeit ausschließt, lag bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht vor. kph

„Ein Hilfsprogramm für Kulturschaffende“

Kreative sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – doch werden sie nur als nettes Beiwerk gesehen

Wie wenig Verständnis Spitzenpolitiker von der Funktionsweise und ökonomischen Relevanz der Kulturwirtschaft haben offenbart sich in der aktuellen Diskussion um Hilfsprogramme für Kulturschaffende während des November-Lockdowns. Geradezu erschreckend ist der Grundtenor, wonach Kultur als erbauliches, aber nicht lebensnotwendiges Extra an persönlichem Luxus diskutiert wird. Die Fabel von der Violine spielenden Heuschrecke hat sich offenbar tief ins gesellschaftliche Gedächtnis gegraben. In der Erzählung unterhält das musikalische Insekt den ganzen Sommer lang alle Artgenossen mit seiner Geige, während die fleißigen Ameisen Vorräte für den Winter anhäufen. Zum Dank überlassen diese die Heuschrecke im Winter einem jämmerlichen Tod durch Verhungern und Kälte. In der Moral der Fabel wird die immaterielle Dienstleistung der Heuschrecke damit fundamental gegenüber der materiellen Leistung der Ameisen abgewertet. Für Kulturschaffende scheint diese Betrachtung auch in der Realität Bestand zu haben: Sie werden zwar gerne als schmückendes Beiwerk zu offiziellen Empfängen eingeladen, die wirtschaftliche Bedeutung ihrer Tätigkeit aber weitestgehend ignoriert.

Dabei ist die Kultur- und Kreativbranche der zweitgrößte Wirtschaftssektor der Bundesrepublik. Nach offiziellen Daten des Bundeswirtschaftsministeriums erzielte die Branche 2019 mit knapp 106 Milliarden Euro hinter dem Fahrzeugbau den zweitgrößten Beitrag zur Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftssektoren. 22 Milliarden Euro dieses Betrags stammen direkt aus der Kunst und den darstellenden Künsten, Musik und Film.

Global Player wie Google und Tesla kamen auch wegen der Kulturszene

Leider sind viele Akteure der Branche, ähnlich wie die Heuschrecke, als soloselbstständige Eigenkämpfer zersplittert und nicht in der Lage, den gesellschaftlichen Wert ihrer Leistung deutlich genug zu betonen. Ihre Rufe gehen gegenüber gut organisierter Industrie-Verbände unter. Für Berlin – eine Stadt fast gänzlich ohne Industrie- und Fahrzeugbau – kann dieser Umstand zur Tragödie werden. Die Kultur- und Kreativbranche der Stadt ist über Jahre organisch gewachsen und sucht weltweit ihresgleichen. Durch die einmalige historische Situation zahlreich vorhandener, leerstehender Räume nach dem Mauerfall ist ein einzigartiges kulturwirtschaftliches Ökosystem entstanden, in dem 2018 immerhin 330 000 Menschen direkt beschäftigt waren.

Im Zuge wilder Partys, chaotischer Floh- und Kunstmärkte, Ausstellungen oder Konzerte, hat sich nicht nur die Tourismus- und Gastronomiebranche entwickelt, sondern haben sich auch Investoren, Unternehmensgründer und Global Player wie Google, Tesla oder Amazon angesiedelt. Doch welche internationale Firma soll sich Inspiration in Berlin holen, wenn von der lebendigen Kreativ-Szene nichts mehr übrig ist? Um den langfristigen Erfolg der Stadt als Wirtschaftsstandort zu sichern, muss die Berliner Politik den Stellenwert des kulturwirtschaftlichen Ökosystems für den gesamtwirtschaftlichen Erfolg angemessen würdigen und es adäquat unterstützen. Das Management von wirtschaftlichen Ökosystemen ist dabei dem von natürlichen durchaus ähnlich. Es muss Schutzräume geben, in denen die Akteure eines Ökosystems zusammenkommen können, um es zum Blühen zu bringen.

Das ehemalige Kunsthaus Tacheles ist ein Beispiel, um diesen Zusammenhang zu erläutern: Selbstständige Künstler, die mit Einzelausstellungen niemals langfristig Besucher hätten anlocken können, erschufen in ihrem gemeinsamen Raum einen Abenteuerplatz mit Kino, Kunst, Kunst- und Drinks: Er löste eine so große Faszination aus, dass täglich hunderte Menschen zu dem Gebäude an der Oranienburgerstraße strömten. Die gesamte Umgebung wurde dadurch belebt

und Bars und Restaurants prosperierten durch die Laufkundschaft des Tacheles. Nach dem Ende des Tacheles verirren sich nur noch wenige Touristen auf dem Weg zu einem der vielen Hostels in der Gegend. Es illustriert damit nicht nur das Problem der Berliner Politik im Umgang mit ehemals besetzten Häusern, sondern allgemein, wie eine kurzfristige Stadtentwicklungspolitik die Funktionsweise von kulturwirtschaftlichen Ökosystemen und die Relevanz von Kultur für größere gesellschaftliche Zusammenhänge nicht versteht. Ähnliche Fehler dürfen sich mit Blick auf die Coronakrise nicht wiederholen, wenn man langfristige Folgen für die gesamte Entwicklung Berlins verhindern möchte.

Was wird also benötigt? Die Politik muss zunächst ein wirksames und unbürokratisches Unterstützungsprogramm für Soloselbstständige aufsetzen, die in der Kreativ- und Kulturbranche nicht nur zahlreich vorhanden sind, sondern auch deren kreativen Kern bilden. Helfen könnte etwa ein monatliches Grundeinkommen für mindestens ein halbes Jahr, das sich am durchschnittlichen Vorjahreseinkommen orientiert, oder – wenn nicht

Advertisement for 'Menschen helfen!' (Help people!) featuring yellow stars and the text 'DIE 28. SPENDENAKTION des Tagesspiegels'. It includes contact information for the Tagesspiegel and a QR code for donations.

andern nachweisbar – als pauschaler Prozentsatz gemessen am bundesdeutschen mittleren Einkommen ausgezahlt wird. Für das Überleben der Kultur- und Kreativwirtschaft ist es unabdingbar, dass die Politik über die individuellen Hilfen für Einzelakteure hinaus die charakteristische Organisationsform des Produktionsprozesses anerkennt. Sie muss dieses kulturwirtschaftliche Ökosystem und seine Räume und Strukturen erhalten, denn sie sind wichtig, damit die Akteure aus der Kulturszene sich dort formieren können: zur Wertschöpfung und Gestaltung. Für die Kultur- und Kreativwirtschaft ist diese Entwicklungs- und Subventionspolitik so relevant, wie es für die Automobilindustrie die Förderung von Forschung und Infrastruktur für die E-Mobilität sind. Mit einem Kultur-Entwicklungsfonds könnte gezielt in Orte und Initiativen investiert werden, um günstige Club-, Probe-, oder Ausstellungsräume zu bewahren. Damit wäre nicht nur die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Branche gesichert, sondern auch der Standortfaktor für die Berliner Wirtschaft.

Portrait of Sven Schuhmann, 34, with text: 'Sven Schuhmann, 34, ist in der Nähe von Stuttgart geboren und lebt seit 2015 in Berlin. Er arbeitet als Artist-, Repertoire- und Projekt-Manager in der Musikindustrie mit internationalen Künstlern.' Photo credit: Foto: Privat

Advertisement for IAC Clubs in Berlin-Brandenburg. It features a red background with white text: 'IAC Clubs in Berlin-Brandenburg', '250 Clubs weltweit', and 'golclubmotzen.de'. Logos for Berlin Capital Club and International Associate Clubs are also present.